



DAS „AUS“ FÜR DIE KOHLE?

## Raus aus der Kohle

Die Kohlekommission hat ein Ende der Kohleverstromung bis 2038 empfohlen. Dann sollen die letzten mit Braun- oder importierter Steinkohle gefeuerten Kraftwerke vom Netz gehen. Was hat das für Folgen? Was geschieht mit den alten Tagebauen? Wie geht es für die Regionen weiter? Eine Betrachtung der Möglichkeiten.

von Stefan Vockrodt

Ende 2018 laufen in der Bundesrepublik noch Braun- und Steinkohle-gefeuerte Kraftwerke mit einer Bruttoleistung von knapp 43.000 MW<sub>el</sub>. Davon entfallen rund 20.000 MW auf Braunkohle- und knapp 23.000 MW auf Steinkohlekraftwerke. In der gesamten Stromproduktion haben wir aber ein leichtes Übergewicht der Braunkohle, was daran liegt, dass dies Kraftwerke überwiegend im sogenannten Grundlastbereich, also nahezu rund um die Uhr, auf voller Leistung sind. Vom gesamten Strombedarf decken diese Anlagen, deren älteste vor über 50 Jahren und deren jüngste nach 2010 ans Netz gingen, knapp 40 Prozent – 2018 erstmals weniger als die Erneuerbaren, auch wenn die Statistiken durchaus unterschiedlich ausfallen.

Wird die Braunkohle hierzulande gefördert, in den drei verbliebenen Revieren im Rheinland zwischen Köln und Aachen, in der Lausitz rund um Cottbus und in Sachsen-Anhalt zwischen Halle und Leipzig, wird die in den Kraftwerken verstromte Steinkohle schon seit Langem überwiegend und inzwischen ausschließlich importiert: Die Kohle stammt aus den USA, Russland, Kolumbien oder Australien, wo der Abbau unter ähnlich ökologisch kritischen Bedingungen erfolgt wie hierzulande der Braunkohleabbau.

### Der Ausstieg muss kommen

Nun hat die Kohlekommission Ende Januar ihre Empfehlungen vorgelegt, die im Wesentlichen ein Ende der Kohleverstromung bis 2038 vorschlagen. Bis 2022 sollen von den 43.000 MW rund 13.000 MW stillgelegt werden, je zur Hälfte Braunkohle- und Steinkohleanlagen sollen dann die restliche Leistung erbringen. Wörtlich heißt es im Bericht der Kommission dazu: „Die Kommission hält es für wünschenswert, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt. Darüber hinaus bittet die Kommission die Landesregierungen, mit den Betroffenen vor Ort in einen Dialog um die Umsiedlungen zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden“ (Bericht, S. 73).

Bis 2030 soll dann die verbleibende Leistung der Kohlekraftwerke auf maximal 9.000 MW Braun- und 8.000 MW Steinkohlestrom reduziert werden. Der Rest soll dann bis 2038 folgen.

Tatsächlich ließe sich der Ausstieg durchaus beschleunigen, denn Deutschland ist seit Jahren Europas größter Stromexporteur. Um nach EEG teures An- und Abfahren der Kohle- und verbliebenen Atomkraftwerke zu vermeiden, werden große Mengen in Deutschland produzierten Stroms nach

**Das Hafenkraftwerk von VW ist Wahrzeichen einer Stadt – es wird noch eine Weile Kohle verbrennen dürfen und könnte dann ein Denkmal für eine vergangene Epoche werden.**

FOTOS (4): STEFAN VOCKRODT



**Inzwischen auch Vergangenheit: Der Schornstein des Braunkohlekraftwerks Buschhaus qualmt nicht mehr – doch die Windräder drehen sich weiter.**

Frankreich, Polen, Österreich, den Niederlanden und andere Nachbarländer exportiert, insgesamt erreicht die Exportquote derzeit etwa 10 Prozent des gesamten produzierten Stroms. So gesehen ließe sich durchaus das für 2022 avisierte Ziel schon 2020 realisieren. Man muss jedoch auch sehen, dass die Industrie dann Ansprüche auf Entschädigungen für entgangene Erlöse geltend machen wird, die die Bürger\_innen als Stromkunden massiv belasten dürften. Vor diesem Hintergrund erscheint der Kompromiss nachvollziehbar, auch wenn er nicht unbedingt gefällt.

### **Ausbau der Erneuerbaren notwendig**

Im Gegensatz zur Bundesregierung, die den Ausbau der erneuerbaren Energien derzeit abzubremsen versucht (s. S. 4), sagt die Kohlekommission, dass bis 2030 der Anteil der

Erneuerbaren an der Strombedarfsdeckung von derzeit rund 40 auf 65 Prozent steigen muss, wozu die Kommission eine rasche Überarbeitung des EEG für erforderlich hält. Auch soll die Kraft-Wärme-Kopplung für Nah- und Fernwärmenetze wieder verstärkt gefördert werden.

Grundsätzlich lassen sich erneuerbare Energien sehr gut in früheren Kohlerevierern nutzen. Die dort entstandenen großen Abraum- und Aschehalden bieten erhöhte und windstarke Standorte für Windkraftanlagen geradezu an. Ebenso können viele der auf ehemaligen Zechen und andernorts entste-

## **Die Empfehlungen der Kohlekommission**

Zwischen Juni 2018 und Januar 2019 arbeitete die sogenannte „Kohlekommission“, offiziell Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ genannt. Schon der Name suggeriert, dass der Klimaschutz nur eines – und nicht unbedingt wesentliches – Thema auf der Agenda der Kommission war. Gemessen daran und auch daran, dass Vertreter\_innen von Industrie und der Gewerkschaft BCE wie auch der betroffenen Bundesländer – allesamt eher für einen Weiterbetrieb der Tagebaue und Kohlekraftwerke zu haben – in der Kommission fast die Mehrheit hatten, lässt sich das Ergebnis durchaus sehen. Wie alle Kompromisse ruft er Protest von allen Seiten hervor, wie alle – politischen – Kompromisse enthält er Hintertürchen, die jeder Seite die Chance eröffnen, ihre Ziele doch noch zu erreichen. Die Empfehlungen fasste die Kommission nur bei einer Gegenstimme, die Vertreterin der vom Tagebauausbau bedrohten Gemeinden in der Lausitz sprach sich dagegen aus.

Die Kommissionsempfehlungen – denn mehr kann die Kommission nicht leisten – lassen sich kurz wie folgt darstellen (Be-

schlussdokument vom 28. Januar 2019):

#### **Klimaschutz:**

- Reduktion der Kohleverstromung in mehreren Schritten, wobei für 2022 und 2030 Zwischenwerte vorgegeben werden (s. Hauptartikel). Überprüfung der Maßnahmen in Drei-Jahres-Schritten ab 2023
- Stilllegung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten in Höhe der eingesparten Emissionen (2023 und danach Prüfung in Drei-Jahres-Schritten)
- Reform des Erneuerbare Energiengesetzes mit dem Ziel, bis 2030 rund 65 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen sicherzustellen

#### **Strukturentwicklung u. a.:**

- Schaffung neuer Beschäftigung in den betroffenen Regionen zum Ausgleich der in der Kohleindustrie wegfallenden Arbeitsplätze
- Neuansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen ab 2023 in den betroffenen Regionen
- Etablierung partizipativer Gremien, die sicherstellen sollen, dass Sozialpart-

ner sowie Bürgerinitiativen und andere Ortsansässige angemessen an den Maßnahmen beteiligt werden ...

#### **Versorgungssicherheit, Netze, Speicher u. a.:**

- Sicherstellung der ausreichenden Bedarfsdeckung zu jedem Zeitpunkt der Umstellung
- Substantieller Fortschritt beim Netzausbau
- Überarbeitung des Steuern-, Abgabe-Entgelte- und Umlagesystems bei der Strompreisbildung
- Prüfung eines CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystems mit Lenkungswirkung

Kern der Empfehlung ist, bis 2038 die Verstromung von Braun- und Steinkohle einzustellen, also dann die letzten kohlegefeuerten Kraftwerke und auch die letzten Tagebaue stillzulegen. 2023 und dann 2032 sind Überprüfungen vorgesehen, die den Endpunkt eventuell auf das Jahr 2035 vorziehen können. Einen noch früheren Endtermin schließt die Kommission explizit aus, aber nicht unbedingt eine Verlängerung in die 2040er-Jahre.

**Stefan Vockrodt**



**Der Tagebau Helmstedt in seiner „Hochzeit“. Im Vordergrund ist schwach ein Bagger der BKB zu erkennen, dahinter einer des DDR-Kombinats, zu dem auch der Zug im Hintergrund gehört ...**

henden Brachen für großflächige PV-Anlagen genutzt werden und es bleibt immer noch genügend Platz für eine Renaturierung oder Sanierung der verbleibenden Altstandorte. Ehemalige Tagebaue könnten auch als Standort für neue Speicherkraftwerke genutzt werden, alles Maßnahmen, die vor Ort neue Jobs schaffen und die gewünschte „Sozialverträglichkeit“ absichern helfen.

### Ausstieg beschleunigen

Nun ließe sich ein Ausstieg aus der Kohle, speziell der Braunkohle, durchaus beschleunigen. Dazu bedarf es im Grund nur einer Bepreisung der erzeugten Treibhausgase, die



**Gut 35 Jahre später sieht es dort so aus: Wo damals die Bagger schaufelten, erstreckt sich heute ein See, der noch gut zehn Meter weiter steigen wird.**

dem dadurch entstehenden Schaden angemessen ist. Dann würde der Strompreis aus Kohle stark ansteigen und viele derzeit nur kurzzeitig genutzten, ökologisch aber durchaus bessere, Gaskraftwerke könnten wieder mehr Strom produzieren. Ganz nebenbei würde dies auch den erneuerbaren Energien weiteren An Schub geben, der sogar ein Ende der leidigen EEG-Umlage erlaubte. Doch dies scheint nicht im Sinne der großen Stromkonzerne, der Gewerkschaft und auch der der-

zeitigen Bundes- wie der betroffenen Landesregierungen sein. Die sächsische Regierung scheint offen diesen Kompromiss hintertreiben zu wollen, auch in Nordrhein-Westfalen ist die schwarz-gelbe Koalition nicht sehr angetan von dem, was nun empfohlen wird. Das entspricht durchaus auch dem Interesse der in der Industrie Beschäftigten, die durch ihre Gewerkschaft, die IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie) vertreten werden. Sie wollen ihre – sehr gut bezahlten! – Jobs gerne so

## Eine lange Geschichte

**E**nde Dezember 2018 endete auch in Deutschland eine lange Geschichte, die unser Land nachhaltiger prägte als Kriege, Krisen und Katastrophen: In den Zechen Prosper-Haniel in Bottrop und Ibbenbüren wurden die letzten Tonnen Kohle gefördert. Den allerletzten Brocken erhielt Bundespräsident Steinmeier als Präsent – er bekommt einen Ehrenplatz im Schloss Bellevue und sollte es dort einmal wirklich knapp mit dem Heizmaterial werden, vielleicht findet sich noch irgendwo im Schloss ein historischer Kohleofen ...

Noch Ende der 1950er-Jahre arbeiteten im deutschen Steinkohlenbergbau rund 500.000 Männer (Frauen war der Beruf des Bergmanns sehr lange verboten). Und Kohle hat viel in Bewegung gebracht, nicht nur Zechen und Hochöfen, sondern die Eisenbahn,

die Schifffahrt und unsere Stromversorgung basierten bis Mitte des letzten Jahrhunderts auf Kohle. In der Stahlindustrie und im Kraftwerksbereich wird heute noch viel Steinkohle eingesetzt, doch diese wird bereits seit Langem überwiegend importiert. Kohle aus den USA, Russland oder auch Australien ist trotz langem Transport billiger zu haben als die aus deutschen Zechen. Das war auch der Grund, nachdem 2000 der jahrzehntelang gezahlte „Kohlepennig“ (der Zusatzpreis des Stromes für den Einsatz deutscher Kohle) durch die EEG-Umlage ersetzt wurde, die damals noch verbliebenen Zechen eine nach der anderen stillzulegen. Damit dient die EEG-Umlage durchaus dazu, Kohle zu subventionieren, zum Beispiel in Stahl- und Zementwerken, wo sie derzeit (noch) unverzichtbar erscheint.

Beim Kohleausstieg geht es um mehr als die verbliebenen rund 60.000 Jobs im

Braunkohleabbau und der Kohleverstromung. Es ist auch ein Kulturwandel, der unser Land erneut nachhaltig verändern wird. Dabei wird Kohle – global gesehen – auch im 21. Jahrhundert neben Erdöl der wichtigste und zum Ende des Jahrhunderts vielleicht sogar wieder der wichtigste fossile Energieträger sein – allen Bekenntnissen zum Klimaschutz und der Treibhausgasreduzierung zum Trotz. Wenn es hierzulande gelingt, einen sozialverträglichen und ökologisch wie ökonomisch richtigen Ausstieg zu bewältigen, kann dies auch ein Zeichen für andere Länder und Weltgegenden sein. Denn: Mag Kohle auch im Stahl- oder Baustoffbereich noch lange erforderlich sein, für die Energieversorgung brauchen wir sie im Grunde schon heute nicht mehr – und dies bis 2050 weltweit umzusetzen, würde ein gutes Ende der Geschichte sein. ◀

**Stefan Vockrodt**

## Ewigkeitslasten

Mit dem Ende der Förderung und der Verbrennung der Kohle wird es nicht getan sein. Denn die ehemaligen Zechen und Tagebaue – man spricht im Fachjargon von „Tagebaurestlöchern“ werden noch über viele Jahrzehnte Arbeit und Aufmerksamkeit und Nachsorge erfordern. Die vielen Bergsenkungen im Ruhrgebiet geben davon sichtbares Zeugnis. Noch problematischer ist es, die ehemaligen Zechen einfach volllaufen zu lassen, gelangen doch mit dem nun eindringenden und steigenden Tiefengrundwasser oft giftige Schwermetalle und auch radioaktive Stoffe in obere Gesteinsschichten, die durchaus auch das Trinkwasser gefährden können. Dass die Senkungen – die Folge einstürzender Schächte sind – dabei das eher kleinere Problem sind, ist zunächst schwer zu erkennen. Aber

die alten Zechen an Rhein und Ruhr müssen noch viele Jahre bewacht und gepflegt werden, um die Schäden gering zu halten.

Gravierender sind die Tagebaurestlöcher, wie es sie auch in unserer Region rund um Helmstedt gibt (s. S. 28): Je tiefer gebaggert wurde, desto schwieriger ist es, eine schon nach relativ kurzer Zeit ökologisch sinnvolle Renaturierung oder auch Rekultivierung zu erreichen. Der Tagebau Hambach im Rheinland reicht bis zu 500 m tief! Die durch die abgebagerte Braunkohle, kumuliert werden es mehrere Milliarden Tonnen sein, entstehenden Restlöcher werden oft zu neuen Seen, die es an Größe mit dem Steinhuder Meer aufnehmen können. Die für die Tagebaue notwendigen Grundwassersenkungen lassen sich nicht einfach so beheben. Die Lausitz würde ohne das aus den Tagebauen gepumpte Wasser verdorren (und aus Berlin ein Spree-Athen ohne Spree werden). Auch

hier wird es noch rund hundert Jahre dauern, bis man die Restlöcher vernünftig sich selbst überlassen kann – sofern man nicht andere, neue Nutzungen entwickelt, die Landschaft und Energieproduktion miteinander vereinen können.

Der ehemalige Tagebau Helmstedt, der sowohl in Niedersachsen wie auch in Sachsen-Anhalt liegt, wird derzeit langsam geflutet. Erst 2032 soll der im Grunde kleine, um 2001 stillgelegte Tagebau seinen neuen Endzustand als See- und Freizeitlandschaft erreichen. Bis dahin ist dort noch viel Arbeit zu verrichten.

Für die Folgen des Steinkohlebergbaus soll die Ruhrkohlestiftung aufkommen – wird es so etwas auch für die Braunkohle geben? ◀

**Stefan Vockrodt**

lang wie möglich behalten und nehmen dafür auch in Kauf, erheblich zur globalen Erwärmung und zur Zerstörung weiterer ländlicher Regionen in den Braunkohlegebieten beizutragen. Die Gewerkschaft – so lässt sich auch aus der Erfahrung vergangener Jahre erwarten – wird also weiterhin versuchen, den Ausstieg entsprechend zu bremsen, Hand in Hand mit den Konzernen und den Parteien des eher rechten Spektrums.

Bei der Politik der derzeitigen Bundesregierung darf man zweifeln, dass die sehr moderaten Empfehlungen zum Kohleausstieg wirklich in praktische Politik umgesetzt werden. Hat die Bundesregierung doch offen eingeräumt, dass die einst für 2020 gesetzten Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen deutlich verfehlt werden, statt wie geplant 750 Mio. t dürften auch 2020 noch rund 900 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente emittiert werden. Wenn die Bundeskanzlerin da-

von redet, Klimawandel auf der einen und die Interessen der Menschen auf der anderen Seite in Einklang zu bringen, so räumt sie weiterhin kurzfristigen Interessen den Vorrang vor der langfristigen Existenzsicherung ein.

### Protest und Debatte fortsetzen

Aber auch viele Betroffene vor Ort, besonders Bewohner\_innen der noch für den Abbruch vorgesehenen Ortschaften im Rheinland und der Lausitz, sind wenig angetan von den Kompromissen. Dass Aktivisten ihre Proteste, Bagger- und Waldbesetzungen fortsetzen, ist verständlich und sorgt auch dafür, die Debatte in Gang zu halten. Denn nichts ist in der derzeit recht verworrenen und unentschiedenen Lage gefährlicher, als zu glauben, der Kohleausstieg komme so wie von der Kommission empfohlen. Kommen wird er, aber die Frage ist wie und vor allem: wann! ◀



Der Bericht der Kohlekommission kann hier als PDF-Dokument heruntergeladen werden: [www.kommission-wsb.de/WSB/Redaktion/DE/Downloads/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-2019.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.kommission-wsb.de/WSB/Redaktion/DE/Downloads/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

Was das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ davon hält, findet sich auf: [www.ende-gelaende.org/de/](http://www.ende-gelaende.org/de/)

News zum Hambacher Forst finden sich unter: [www.hambacherforst.org](http://www.hambacherforst.org) und von Betreiberseite (also RWE) auf: [www.hambacherforst.com](http://www.hambacherforst.com)